

**„Aufbruch ins 21. Jahrhundert“
oder
Stolpern ins 3. Jahrtausend?**

Prof. Dr. Manfred Sommer

Für eilige Leserinnen und Leser:

1. These:

Es wird deutlich mehr Energie und Kreativität in Schuldzuweisungen für gescheiterte Reformbemühungen gesteckt als in Problemlösungen und Kompromissuche.

2. These:

Ein fundierter Nutzen aus den Reform Erfahrungen Anderer lässt sich nur ziehen, wenn diese gründlich auf ihre kontextsensitiven Erfolgsbedingungen und ihre anfangs ausgeblendeten Schattenseiten abgeklopft werden und ihr Schicksal über längere Zeiträume mit anhaltendem Interesse verfolgt wird.

3. These:

Geradezu aussichtslos sind Reformen, die einer strukturellen Mehrheit der beteiligten Interessengruppen Opfer abverlangen, weil sie an heimlichen „Großen Koalitionen der Blockierer“ scheitern, die sich nicht einmal als solche zu erkennen geben.

4. These:

Das Interesse an der Gestaltbarkeit von Zukunft wird durch die wiederholte Erfahrung abgestumpft, dass es weder so gut kommen wird, wie es die einen versprechen, noch so schlimm, wie es die anderen beschwören.

5. These:

Zukunftsfragen werden nicht dadurch transparenter und entscheidbarer, dass ihre Komplexität auf hypothetische („Krieg oder Frieden“) oder nachrangige Alternativen („3, oder 3,x“) reduziert wird.

6. These:

Die Zukunftsrelevanz einschneidender Reformmaßnahmen muss im notwendigen Widerstreit der Interessen glaubwürdig dargestellt und dann auch implementiert werden, wenn die Betroffenen das Vertrauen in die Unvermeidlichkeit schmerzhafter Einschnitte nicht restlos verlieren sollen.

„Aufbruch ins 21. Jahrhundert“ oder Stolpern ins 3. Jahrtausend?¹

Ich möchte Ihnen einige, wie ich hoffe nicht allzu akademische Überlegungen zum Zusammenhang von Zukunftsfähigkeit und Reform unter der Fragestellung „Aufbruch ins 21. Jahrhundert oder Stolpern ins 3. Jahrtausend?“ nahebringen. Mit der ersten Alternative in diesem Titel nehme ich Bezug auf die viel beachtete Ansprache des Bundespräsidenten Roman Herzog im Berliner Hotel Adlon am 26. April 1997.

Die Ihnen heute zu überreichenden Abschlusszeugnisse sind nicht nur Bescheinigung vergangener Ausbildungserfolge, sondern auch Zertifikate individueller Zukunftsfähigkeit. Meine Sorge gilt mehr der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, konkreter: der Bereitschaft, sich gründlicher mit den Notwendigkeiten tiefgreifender Anpassungsprozesse auseinanderzusetzen und Reformen nicht nur bestenfalls zu erdulden, sofern sich hinhaltender Widerstand als zwecklos erweist, sondern Veränderungen als positive Gestaltungschance mit zu tragen. Acht Jahre nach der epochalen Wende von 1989, deren Euphorie mit „Nichts ist unmöglich – Europa“ hätte getitelt werden können, und drei Jahre vor dem Millennium, das der Informatikgemeinde wegen zweier fehlenden Datumsstellen sauer aufstößt, hocken wir in einem Stimmungstief, welches der Bundespräsident in seiner erwähnten Ansprache als „unglaubliche mentale Depression“ charakterisiert hat. Es muss doch verblüffen, dass nicht einmal ein Jahrzehnt nach dem Ausblick auf die „blühenden Landschaften“ ein mit dem Politikbetrieb gut vertrauter Autor wie Arnulf Baring den Buchtitel „Scheitert Deutschland?“ für hitverdächtig hält.

Ich bestreite nicht die Menetekel des Immobilismus, die an nahezu jede Wand geschrieben sind. Wie sollte man dies auch negieren in einem Jahr, in dem die Begriffe „Blockade“ und „Selbstblockade“ gute Chancen haben, zum Wortpaar des Jahres gekürt zu werden. Dieses verbale Doppelpack weist bereits auf eine wesentliche „Erfolgs“-Bedingung für Zukunftsverhinderung hin, die ich als erste These in den Raum stelle:

1. These:

Es wird deutlich mehr Energie und Kreativität in Schuldzuweisungen für gescheiterte Reformbemühungen gesteckt als in Problemlösungen und Kompromissuche.

In der erwähnten Rede, also bereits vor 5 Monaten, konstatierte Roman Herzog – nach Aufzählung längst überfälliger Reformen – dass ihm zum Thema Steuerreform überhaupt nichts einfiel. Was soll einem zu einer Zukunftsfrage auch einfallen, die einfach ausfällt?

Immobilismus ist aber nichts Neues und auch nichts per se Deutsches. So reicht die Diskussion um die „Eurosklерose“ weiter zurück und über Deutschland hinaus. Es hat allerdings den Anschein, dass andere europäische Länder wie England, die Niederlande oder Schweden die diagnostizierten Kalkablagerungen früher und entschlossener abtragen. Die USA sind als Vorbild – wie nicht anders zu erwarten war – ohnehin umstritten: die einen preisen die märchenhafte „job machine“, die nach Meinung der anderen nicht mehr als schlecht bezahlte Hamburger-Produzenten hervorgebracht hat. Neuseeland war im letzten Jahr als Privatisierungsvorbild kurz in aller Journalisten Feder, erwies sich aber als zu klein und zu weit weg, um nachhaltigen Eindruck beim deutschen Leser zu hinterlassen.

Wie lange ist es eigentlich her, dass es infolge einer bahnbrechenden MIT-Studie als ausgemachte Sache galt, zumindest Autos seien doch bitte schön auf die japanische Art statt mit den viel zu langen deutschen Produktionszeiten herzustellen. Auf der diesjährigen IAA in

¹ Gekürzte und überarbeitete Fassung eines am 30.9.1997 auf der Abschlussfeier des Bildungszentrums für informationsverarbeitende Berufe in Paderborn gehaltenen Vortrags

Frankfurt gehörten die Schlagzeilen aber der boomenden deutschen Automobilindustrie. Auch um andere Allheilmittel der letzten Jahre wie „lean management“ und „outsourcing“ ist es inzwischen erheblich ruhiger geworden. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass es der „Konzentration auf das Kerngeschäft“ und dem „shareholder value“² ähnlich ergehen wird.

Damit wir uns nicht missverstehen: diese in der deutschen Geschichte nicht immer vorherrschende Bereitschaft, von Anderen zu lernen, sollte schon deshalb nicht diskreditiert werden, weil sie gegenüber der älteren Sichtweise, nach der „die Welt am deutschen Wesen genesen möge“, einen erfreulichen Lernprozess widerspiegelt. Auch bestreite ich nicht, dass von den genannten Modewellen trotz ihrer bisweilen überraschenden Kurzlebigkeit tatsächlich positive Denk- und Veränderungsanstöße ausgegangen sind. Was mich irritiert, ist die kurze Halbwertszeit dieser zur Imitation angepriesenen „Vorbilder“. Immer kürzeren Verfallsdaten austauschbarer Modelle ist aber mit Skepsis zu begegnen. Dass ein behutsamer „Modellwechsel“ klüger sein kann als ein überstürzter, zeigt der Vergleich zweier so unterschiedlicher Unternehmen wie des Datenbankherstellers Informix und des Autobauers BMW: während Informix-Datenbanken nach Auffassung von Analysten durch eine falsche Positionierung des Nachfolgeprodukts Universal Server schlagartig „alt aussehen“, lässt BMW den neuen „3er“ ganz bewusst nicht aus dem Ruder des alten laufen, um das eigene vitale Interesse am Gebrauchtwagenmarkt dieses Typs nicht zu unterminieren. Meine zweite These lautet deshalb:

2. These:

Ein fundierter Nutzen aus den Reformerfahrungen Anderer lässt sich nur ziehen, wenn diese gründlich auf ihre kontextsensitiven Erfolgsbedingungen und ihre anfangs ausgeblendeten Schattenseiten abgeklopft werden und ihr Schicksal über längere Zeiträume mit anhaltendem Interesse verfolgt wird.

Im Hochschulbereich, der sich zum Prototyp eines hartnäckig nicht reformierbaren gesellschaftlichen Subsystems gemausert hat, („von Grund auf verrottet“), sind Wallfahrten in die Niederlande seit geraumer Zeit in Mode. Die Zähigkeit einer substantiellen Hochschulreform, zu der die nun zu erwartende Novellierung des Hochschulrahmengesetzes einen bestenfalls marginalen Beitrag leisten wird, illustriert m.E. aber, dass das vom Bundespräsidenten beschriebene 7-Stufen-Ritual zur Reformsabotage manchmal sogar eher untertreibt als übertreibt:

1. Ein Vorschlag verlangt Opfer von irgendeiner Interessengruppe
2. Die Medien melden eine Welle kollektiver Empörung
3. Die Parteien springen auf, Partei A ist dafür und schon deshalb ist Partei B dagegen oder umgekehrt
4. Wirrwarr von Alternativvorschlägen und Aktionen
5. Verunsicherung der Bürger durch die nun entstandene allgemeine Unübersichtlichkeit
6. Allseitige Appelle zur Besonnenheit
7. Vertagung des Problems, alles bleibt beim Alten, alle warten auf das nächste Thema

² Für den „shareholder value“ wurde meine 1997 aufgestellte These inzwischen durch die folgende Meldung aus dem Wirtschaftsteil der Süddeutsche Zeitung vom 19.06.2000 belegt: „Führungskräfte in Deutschland sehen das Shareholder-Value-Prinzip heute viel kritischer als noch vor vier Jahren. Während 1996 es noch 42 Prozent der Manager für besser hielten, wenn ein Unternehmen die Interessen der Aktionäre in den Mittelpunkt stellt, meinen dies heute nur noch 34 Prozent. Das ergab die Befragung von 600 Managern aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Wirtschaftszeitung Capital durchführte.“

Sicher gibt es Beispiele, die diesem sehr einleuchtenden Erklärungsmuster exakt folgen, z.B. die „Reform“ des Öffentlichen Dienstes. Dagegen stagnieren Reformen des Hochschulwesens m.E. deshalb, weil bereits die 1. Stufe mehr Widerstände provoziert, als es die Herzog'sche Formulierung andeutet. Den meisten Eingeweihten ist längst klar, dass Einzelmaßnahmen den Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte nicht mehr abhelfen werden und eine systemische Reform Not tate, dass es aber unklug wäre, dies öffentlich zuzugeben, weil nicht nur „irgendeiner Interessengruppe“, sondern allen Beteiligten, die eigene Klientel eingeschlossen, Anpassungen abverlangt würden. Da aber das Risiko zu groß ist, dass am Ende nicht alle Schafe, sondern nur die eigene Herde geschoren wird, ist es klüger, überhaupt keinen Vorschlag zu machen, auch keinen vernünftigen. Nur so ist z.B. der grobe volkswirtschaftliche Unfug zu erklären, erhebliche Teile der hochschulischen Räumlichkeiten fünf Monate im Jahr leer stehen zu lassen. Ohne weiter ins Detail zu gehen will ich die dritte These zuspitzen:

3. These:

Geradezu aussichtslos sind Reformen, die einer strukturellen Mehrheit der beteiligten Interessengruppen Opfer abverlangen, weil sie an heimlichen „Großen Koalitionen der Blockierer“ scheitern, die sich nicht einmal als solche zu erkennen geben.

Nicht nur die erste Stufe des Herzog'schen „Wasserfallmodells“ bereitet Kummer. Da die Vertagung auf Stufe 7 für nicht aussitzbare Probleme keine dauerhafte Befriedung bewirkt, kommen sie unerfreulicherweise und manchmal ungeplant wieder auf die Agenda und alles geht mit Stufe 1 von vorne los. Wenn sich dieses Schauspiel mit einer Frequenz wiederholt, mit der die Gedächtnisschwäche des Publikums überschätzt wird, versagt auch die zweite Stufe: eine kollektive Empörung der Betroffenen kommt bei gebetsmühlenartig replizierten Reformvorschlägen (Musterbeispiele: Verkürzung der Studienzeiten, Reform der Hochschulfinanzierung) gar nicht mehr auf. Sie werden als müder Abklatsch vergangener Schlachten wahrgenommen, denen die Medien bestenfalls noch in ihren Spezialnischen für Insider Aufmerksamkeit widmen.

„Alle warten auf das nächste Thema“ (Roman Herzog). Dieser konsumtive Zugang zu den Zukunftsfragen, der den Unterhaltungswert über den Wahrheitsgehalt, oder vorsichtiger: über die empirische Bewährung stellt, lässt Zweifel an der Vorstellung gesellschaftlicher Lernprozesse durch „Versuch und Irrtum“ aufkommen. Die schlichte Frage, wie sich erbitterte Kontroversen der Vergangenheit im Lichte der Erfahrung, also ex post, darstellen, und was daraus für die noch unentschiedenen Kontroversen der Gegenwart bei aller Vorsicht vor Analogieschlüssen zu lernen ist, erregt erstaunlich wenig öffentliches Interesse. Noch faszinierender: das herzliche Desinteresse erstreckt sich auf die Kontrahenten beider Seiten, frei nach dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“.

Auch hierzu ein Beispiel. Vor zehn Jahren beherrschte die letzte Volkszählung und deren Boykott die Öffentlichkeit wie kaum ein anderes Thema. Die Gegner sahen darin einen Anschlag auf die Menschenwürde („Gläserner Mensch“, „Volksquälung“) und den Marsch in den Überwachungsstaat („Volksaushorchung“), alles in allem einen Anschlag der Obrigkeit, der zivilen Ungehorsam rechtfertige. Das war maßlos und wissentlich übertrieben. Jedenfalls sind mir Fälle, die zu persönlichen Nachteilen für einzelne Bürgerinnen und Bürger geführt hätten, indem gegen das Geheimnisgebot der Statistik verstoßen worden wäre, nicht bekannt geworden. Insoweit hat der Staat, der seinerseits die Durchführung der Volkszählung unklugerweise zu einer Prestigeangelegenheit hochgespielt hatte, Wort gehalten. Was wirkliche „Volksaushorchung“ ist, hat die Öffentlichkeit zwei Jahr später mit Öffnung der Stasi-Archive erfahren, was zur nachträglichen Beruhigung der Gemüter beigetragen haben dürfte.

Aber auch die Volkszählungsbefürworter lassen sich nicht gerne an die Schlachten von gestern erinnern. Sie argumentierten damals, die Volkszählung solle anderweitig nicht zu beschaffende Daten liefern, die für zentrale Zukunftsaufgaben (Renten, Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen etc.) unabdingbar seien. Aber welche Reform ist seit 1987 in Angriff genommen worden, die ohne die Volkszählungsdaten nicht hätte in Angriff genommen werden können? Natürlich ist 1990 mit dem „Aufbau Ost“ eine nicht vorhersehbare Zukunftsaufgabe hinzugekommen, für die die Volks- und Gebäudezählung West aus dem Jahr 1987 keine Informationsbasis liefern konnte. Auch bestreite ich nicht, dass die Volkszählungsdaten vielleicht in viele Planungen und Entscheidungen Eingang gefunden haben. Ich beklage die massive PR-Lücke zwischen dem „Vorher“ und dem „Nachher“. Das Statistische Bundesamt hat im Vorfeld der Volkszählung alle Register der Massenkommunikation bis hin zu simpelsten TV-Spots gezogen (vergleichbar dem späteren Werbefeldzug der Deutschen Bundespost zur Umstellung auf die 5-stelligen Postleitzahlen, was eine Geschichte für sich Wert wäre), um die Bevölkerung unter dem Etikett der „Zukunftsrelevanz“ für die wahrheitsgemäße Mitwirkung zu gewinnen. Nachher war vom Nutzen dieser Daten nichts mehr zu hören. Ich verkenne nicht die Vermittlungsprobleme einer derart trockenen Materie an ein auf Infotainment eingestimmtes Publikum. Das Schweigen im Walde hinterlässt im kollektiven Unterbewusstsein jedoch die Tiefenspur, dass es „so wichtig wohl doch nicht gewesen sein könne“. Da zugleich auch die Horrorszenarien der Berufsschwarzmalerei wieder einmal nicht eingetroffen sind, drängt sich eine vierte These auf.

4. These:

Das Interesse an der Gestaltbarkeit von Zukunft wird durch die wiederholte Erfahrung abgestumpft, dass es weder so gut kommen wird, wie es die einen versprechen, noch so schlimm, wie es die anderen beschwören.

Es kann nicht überraschen, dass die Statistiker und Politiker angesichts der ausgebliebenen werblichen Nachsorge der letzten Volkszählung, die wirklich die letzte im klassischen Sinne gewesen sein könnte, einen Appell an Volkes erneute Zählungswilligkeit gar nicht erst ins Kalkül ziehen, was sich mit dem Hinweis auf die zu hohen Kosten natürlich prima kaschieren lässt. Verblüffender ist allerdings, dass die nunmehr für das Jahr 2000 erwogene Ersatzvolkszählung via Registerzusammenführung und -auswertung noch nicht zu einem Sturm der Entrüstung der Opponenten von damals geführt hat. Nur am Rande sei vermerkt, dass das im seinerzeitigen Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts neu geschöpfte Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung die wohl nachhaltigste Nebenwirkung für die heraufziehende Informationsgesellschaft war, dessen rechtliche Ausgestaltung mit der Innovationsdynamik allerdings kaum noch Schritt halten kann.

Das Volkszählungsbeispiel steht paradigmatisch für das Syndrom überzogener Erwartungen und Befürchtungen, die sich gegenseitig hochschaukeln und wie siamesische Zwillinge nicht voneinander lassen können. Ich gehe davon aus, dass der ominöse „Mann auf der Straße“ dies durchaus merkt und sich auch merkt. Auch wenn die Medien der Ex-post-Thematisierung wenig Aufmerksamkeit widmen: es bleibt als gesättigtes Erfahrungswissen hängen, dass weder die befürchteten Nachteile noch die erhofften Vorteile eintreten, dass sich die ganze Aufregung nicht gelohnt hat. Diese Erfahrung erhöht die Reizschwelle, die zur Erreichung von Aufmerksamkeit für neue wichtige Weichenstellungen überschritten werden muss. Die pünktliche Einführung des Euro zu einer Frage „von Krieg und Frieden in Europa“ (Helmut Kohl) hochzujazzen, ist Ausdruck argumentativer Hilflosigkeit, die nicht die vom Bundespräsidenten zu Recht angemahnte und bei einem derart schwierigen Thema mit ernst zunehmendem Pro und Contra so ungemein wichtige „äußere Orientierung“ schafft. Auch der Streit darum, ob

beim Verschuldungskriterium Nachkommastellen abgerundet oder gar abgeschnitten werden dürfen, kann als Pseudo-Mathematisierung eines originär volkswirtschaftlichen Problems nicht durchgehen. Meine fünfte These lautet:

5. These:

Zukunftsfragen werden nicht dadurch transparenter und entscheidbarer, dass ihre Komplexität auf hypothetische („Krieg oder Frieden“) oder nachrangige Alternativen („3,0 oder 3,x“) reduziert wird.

Wie bereits ausgeführt scheitern Reformen nicht nur am Widerstand von Interessengruppen, sondern auch daran, dass frühere Reformen nicht das gebracht haben, was versprochen wurde. In Zeiten langanhaltender Massenarbeitslosigkeit gilt das insbesondere für vermeintlich positive Arbeitsmarkteffekte. Auch hierzu zwei Beispiele: die Ladenschlusszeiten und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Hartnäckigkeit, mit der für die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten mit dem Argument der Mobilisierung zusätzlicher Kaufkraft und Arbeitsplätze gestritten wurde, steht in keinem Verhältnis zu dem, was seither eingetreten ist. In weiten Bereichen von der Kundschaft nicht angenommen, wird der erweiterte gesetzliche Rahmen nur partiell ausgeschöpft, mehr gekauft wird nicht und mehr Arbeitsplätze sind ebenfalls nicht entstanden. Was bleibt sind mittelstandspolitisch nicht unproblematische Umschichtungen zu Gunsten der Supermärkte an der städtischen Peripherie und der großen Kaufhäuser in den Zentren und zu Lasten der kleineren Fachgeschäfte, eine erfreulich höhere Zeitsouveränität der Verbraucher und flexiblere Arbeitszeiten der Beschäftigten vor allem im Handel. Das war's aber auch und mehr hätte man nicht versprechen sollen!

Noch irritierender und das Vertrauen in die vermeintliche Zukunftsrelevanz von Reformen untergrabender sind die Erfahrungen mit der Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Der im internationalen Vergleich zu hohe Krankenstand in deutschen Unternehmen wurde von Arbeitgeberseite als gravierender Kostenfaktor und Standortnachteil geoutet. Nachdem die Bundesregierung gegen erhebliche Widerstände für die Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen in der angemahnten Weise gesorgt hatte, knickten die Arbeitgeber bei der tarifvertraglichen Umsetzung dieses vermeintlich so wichtigen Reformvorhabens sehr schnell ein. Nach einer Übersicht des Instituts der Deutschen Wirtschaft haben die Arbeitgeber in so gut wie keinem Tarifvertrag eine Einschränkung der Lohnfortzahlung durchgesetzt. Nach dem Konflikt bei Daimler war die Luft aus diesem Heißluftballon sehr schnell entwichen.

Das Beispiel der Lohnfortzahlung macht jedenfalls deutlich, dass die von Roman Herzog geäußerten These, der deutsche Reformstau sei nicht auf ein Erkenntnisproblem, sondern auf ein Umsetzungsproblem zurückzuführen, in dieser Pauschalität vielleicht nicht haltbar ist. Wenn es hier ein Umsetzungsproblem gab, dann zumindest nicht im politischen Raum. In den Unternehmen hielt sich der Umsetzungsbedarf offensichtlich in Grenzen, vielleicht auch deshalb, weil sich die Erkenntnis, dass der im internationalen Vergleich zu hohe Krankenstand bereits gesunken war, langsam Bahn brach. Also doch eher ein Erkenntnis- als ein Umsetzungsproblem? Um es ganz deutlich zu formulieren: es geht mir nicht um die Frage, ob die gesetzliche Neuregelung der Lohnfortzahlung notwendig war oder nicht, sondern darum, dass das Vertrauen in die Zukunftsrelevanz einschneidender Reformmaßnahmen erheblich darunter leidet, wenn starken Worten nicht einmal schwache Taten folgen. Deshalb die sechste These:

6. These:

Die Zukunftsrelevanz einschneidender Reformmaßnahmen muss im notwendigen Widerstreit der Interessen glaubwürdig dargestellt und dann auch implementiert werden, wenn

die Betroffenen das Vertrauen in die Unvermeidlichkeit schmerzhafter Einschnitte nicht restlos verlieren sollen.

Das Kernproblem aller das privat verfügbare Einkommen tangierenden Reformprojekte - scheint mir allerdings ohnehin woanders zu liegen, nämlich darin, zwei Anforderungen miteinander zu verbinden, die sich sachlogisch keineswegs ausschließen, populistisch aber leicht gegeneinander auszuspielen sind: erstens, die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft sowie die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen zu stärken und, zweitens, gleichzeitig den großen gesellschaftlichen Gruppen den berechtigten Eindruck zu vermitteln, dass es hierbei „gerecht“ zugehe. Letztlich ist es der fehlende gesellschaftliche Grundkonsens über die Notwendigkeit, diese beiden Zielsetzungen gleichzeitig zu verfolgen, der die Reformen der Steuer-, Renten- und Gesundheitssysteme blockiert. Dass dieser Grundkonsens eine formelle oder informelle Große Koalition impliziert, liegt auf der Hand.

Es wäre der Festlichkeit des heutigen Tages nicht angemessen, Überlegungen zum Zusammenhang von Zukunftsfähigkeit und Reform traurig ausklingen zu lassen. Da schickt es sich gut, dass uns eine Laune der Zeitgeschichte das eher Heiterkeit auslösende Thema der Rechtschreibreform auf dem Silbertablett präsentiert, eine Reform, mit der die Dichter, Denker und Sprachwissenschaftler unseres Landes ein Erkenntnisproblem und die Kultusminister unserer Länder ein Umsetzungsproblem haben. Solange wir aber kein anderes Problem haben als das, ob sich „Schiffahrt“ besser mit „ff“ oder „fff“ schreibt, kann es um unserer aller Zukunft nicht allzu schlecht bestellt sein. Das ist eine Erkenntnis, mit der wir Sie, liebe Absolventinnen und Absolventen des b.i.b., ganz beruhigt aus dem schulischen Schonraum in die rauere berufliche Wirklichkeit entlassen können.